Beschluss

Wir geben den Osten nicht auf – trotz alledem!

Gremium:	Landeskonferenz
Beschlussdatum:	28.09.2024
Tagesordnungspunkt:	8 Antragsberatung

Antragstext

Die Ost-Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg waren ein Fanal für die Demokratie. Eine faschistische Partei konnte in drei Landtagen etwa 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Das reicht in Brandenburg und Thüringen sogar zu einer Sperrminorität, mit der parlamentarische Prozesse und demokratische Entscheidungen blockiert werden können. Während die extreme Rechte damit die Wahlen in Thüringen gewinnen konnte, reichte es für die CDU in Sachsen und die SPD in Brandenburg jeweils noch zu einem knappen Wahlsieg.

Die Ausgangslage für die jeweils achte Legislaturperiode seit 1990 ist verheerend. Demokratische Regierungsmehrheiten sind mindestens auf das autoritäre, russlandfreundliche BSW angewiesen; parteipolitische Bündnisse, die auf eine einmütige politische Vision oder ein gemeinsames Narrativ bauen, sucht man vergebens.

Unterdessen setzt die AfD die Verächtlichmachung demokratischer Institutionen fort. Vorläufiger Höhepunkt dessen ist die konstituierende Sitzung des Thüringer Landtags, die durch den AfD-Alterspräsidenten – einer Marionette der blau-braunen Fraktion – torpediert wurde: eine Verfassungskrise mit Ansage, welche die Demokratie beschädigt zurücklässt. Das war ein Auftakt dafür, was möglicherweise allen drei Landtagen in den kommenden fünf Jahren blüht.

Ist der Osten damit verloren? Nein, nur wenn wir ihn aufgeben!

Um klarzustellen: Nichts rechtfertigt es, menschenverachtende und niederträchtige Politik zu unterstützen. Niemals wird die eigene Situation besser, wenn „nach unten“ getreten wird. Dennoch lässt sich konstatieren, dass gerade die Hoffnungen und Erwartungen der Menschen in Ostdeutschland in den vergangenen drei Jahrzehnten enttäuscht oder vernachlässigt wurden. Hier muss unser Politikansatz angreifen.

- Für wen wir streiten

Die Sozialdemokratie muss sich für all diejenigen stark machen, die auf das Aufstiegsversprechen angewiesen sind. So wollen wir Jungsozialist:innen die bestmöglichen Chancen und Perspektiven für junge Menschen ermöglichen, damit sie ein selbstbestimmtes und gutes Leben führen und sich persönlich entfalten können. Dabei ist es unsere Verantwortung, gerade Schüler:innen, Auszubildenden und jungen Arbeitnehmer:innen eine Stimme zu geben, denn sie werden allzu häufig überhört. Darüber hinaus streiten wir nachdrücklich für die gesellschaftlichen Gruppen, die besonders vulnerabel sind – gerade migrantische und queere Communities kommen in den Debatten häufig zu kurz. Gemeinsam mit unseren

progressiven Bündnispartner:innen treten wir für ihre Interessen und Anliegen ein.

- Für eine materialistische Agenda

Die sozioökonomischen Bedingungen für die Menschen in Ostdeutschland sind 34 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer weitaus schlechter als in der übrigen Bundesrepublik. Vielmehr lässt sich als Folge der Entwicklungen der letzten drei Jahrzehnte feststellen: Der Osten ist strukturell „ärmer und älter" als der Westen. Nach den dramatischen Entwicklungen in den 90er und 2000er Jahren für die Menschen vor Ort ist eine demographische oder volkswirtschaftliche Trendumkehr trotz mancher Förderprogramme aus sich selbst heraus nicht vorstellbar.

Zunächst braucht es deshalb mehr denn je Umverteilungsmaßnahmen von „oben nach unten" und von „west nach ost", die dem extremen Ungleichgewicht der Vermögensverteilung entgegenwirken. Hierbei können wir unsere Forderung nach der Einführung eines bedingungslosen Grunderbes wiederholen. Darüber hinaus streiten wir an der Seite der Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen, damit das Credo „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" endlich Realität wird.

Um nachhaltige wirtschaftliche Verbesserungen zu erzielen, die letztlich den Beschäftigten zugutekommen, brauchen wir aber eine neue Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland. Nur durch eine gezielte Reindustrialisierung, die auf globale Trends wie Digitalisierung und Dekarbonisierung setzt, kann der Wandel vom Niedriglohnsektor inkl. „verlängerten Werkbänken", die allzu häufig vom Mindestlohn dominiert werden, hin zu einer tarifgebundenen innovativen Wirtschaftsregion gelingen. Hierfür fordern wir besondere Unterstützungsformate für den F&E-Bereich.

Um das gute Leben für alle zu erstreiten, müssen wir künftig noch stärker die Lebenshaltungskosten infolge der inflationären Entwicklung in den Blick nehmen. Energie, Wohnen, Gesundheit, Mobilität oder Verpflegung dürfen die Menschen finanziell nicht überfordern. Hierfür braucht es eine starke Daseinsvorsorge, die die Wirksamkeit von Gemeinschaft aufzeigt. Der Rückzug des Staates aus vielen Bereichen der Daseinsvorsorge, etwa der Gesundheits- oder Energieversorgung, war ein Fehler, hat das Vertrauen in den Staat schwinden lassen und muss Schritt für Schritt rückgängig gemacht werden.

- Für eine bessere demokratische Kultur

Zusätzlich zu den sozioökonomischen Faktoren müssen wir an der demokratischen Kultur arbeiten. Der Osten kann nicht auf tiefe gesellschaftliche Verwurzelung politischer Institutionen zählen. Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben über Vereine und die Beteiligung an der politischen Meinungsbildung über die Teilnahme an Wahlen hinaus sind nicht stark ausgeprägt. An die Stelle ehrenamtlichen Engagements in Parteien wird ein eher basisdemokratisches Politikverständnis gesetzt, welches das Vertrauen in parlamentarische Abläufe einschränkt. Aber Demokratie braucht Demokrat:innen.

Echte demokratische Kultur kann sich nur nachhaltig entwickeln, wenn Menschen auch aktiv Verantwortung wahrnehmen und sich an politischen und gesellschaftlichen Prozessen beteiligen. Deshalb müssen wir die Bedingungen für ehrenamtliches Engagement und genossenschaftlichen Einsatz verbessern. Orte des Zusammentreffens und des Austausches von Menschen verschiedener

gesellschaftlicher Hintergründe müssen stärker gefördert werden, sei es der Jugendclub, Sportverein oder das Wohnprojekt.

Es braucht darüber hinaus mehr Abstimmungs- und Beteiligungsformate. Neue Formen der Beteiligung von Bürger:innen an demokratischen Entscheidungsprozessen können dafür sorgen, dass mehr Menschen in Thüringen Entscheidungen der Politik akzeptieren und hinter ihnen stehen können.Gleiches gilt für eine Steigerung der Transparenz staatlichen Handelns und der Offenheit für mehr Formen direkter Bürger:innenbeteiligung, wie etwa Bürger:innenhaushalte.

Darüber hinaus kann auch die Ergänzung der bisherigen politischen Abstimmungs- und Beteiligungsformate durch deliberative Aspekte förderlich auf die Akzeptanz und die Legitimation von Entscheidungen wirken. Gleiches gilt für eine Steigerung der Transparenz staatlichen Handelns und der Offenheit für die direkte Beteiligung, etwa in Form von Bürger:innenhaushalten.

- Nachhaltig für den Osten streiten

Der bundesdeutsche Blick, der die vergangenen Monate auf Thüringen, Sachsen und Brandenburg gerichtet war, hat manche der zuvor angerissenen Aspekte aufgegriffen. Der Blick darf nach diesen Wahlen und ihren Ergebnissen nicht gleichgültig verschwinden. Die Entwicklungen im Osten drohen, hier nicht Halt zu machen, sondern wortwörtlich zu einer Blaupause für Westdeutschland zu werden. Deshalb müssen wir gemeinsam, trotz unterschiedlicher Erfahrungen und manch verschiedener Herausforderungen, solidarisch Seit an Seit streiten.

Als Jusos in der SPD steht für uns fest: Wir werden keinen Ort, keine Region und schon gar kein Bundesland jemals den Rechten überlassen. Die Angriffe von rechts auf unsere offene Gesellschaft und die demokratischen Institutionen werden wir zurückweisen. Ein Verbot der AfD kümmert sich dabei nur um die Symptome des gesamtgesellschaftlichen Rechtsrucks, menschenfeindliche Ansichten verschwinden nicht von allein.

Wir fordern die SPD auf, sich endlich stärker mit den spezifischen Herausforderungen Ostdeutschlands auseinanderzusetzen. Das bedeutet für uns: Es muss endlich im Regierungshandeln der Ampel deutlich werden, dass die SPD die letzte Bundestagswahl vor allem im Osten gewonnen hat - denn davon spüren wir bisher wenig. Wenn die Sozialdemokratie nicht glaubhaft für Umverteilung, Zukunftsperspektiven und das demokratische Gemeinwohl im Osten einsteht und dies in konkrete Politik für die Menschen vor Ort gießt, verliert sie ihre Daseinsberechtigung.

Deshalb liegt es an uns, gemeinsam mit den progressiven Kräften und zusammen mit unseren Bündnispartner:innen stärker denn je und glaubhaft für die Interessen Ostdeutschlands zu kämpfen.

Wir geben den Osten nicht auf – trotz alledem!